

AStA

Herausgegeben von der Studentenschaft der THD

Zeitung

7.11.88

Nr. 8



Vollversammlung
Wohnungsnot und
Studiensituation

9.11.

14.00 Uhr im AudiMax



Vorwort

Das Semester hat angefangen: Was hat sich geändert? Da wären einmal neue StudentInnenausweise: sie heißen nicht mehr "Studentenausweis", sondern schlicht und einfach "Ausweis". Es lebe die Gleichberechtigung! +++ Auch die AStA-Zeitungs-Redaktion hat personellen Zulauf erhalten: Ab sofort machen Brigitte, Olli, Selim und Andi Zeitung für Zeitung. Vielleicht ist diese Nummer deshalb so dick? +++ Aber nun endlich zu diesem Heft +++ Wegen dem langen Vorwort stehen die vielen Kurzmeldungen heuer auf Seite vier: für die kurzen Meldungen genügt ein kurzes Umblättern +++ Auf Seite fünf: DAS beherrschende Thema der Darmstädter Studentenschaft: Die VauVau, sprich: Vollversammlung zu den Themen Studien- und Wohnungssituation +++ Über den Krieg gegen die Kurden und die Verstrickung bundesdeutscher Firmen darin berichtet der Beitrag auf Seite acht +++ Vor fünfzig Jahren, am 9. November 1938 inszenierten Nazis und ihre Gefolgsleute das Judenpogrom. Der Artikel "Gedenken mit Verdrängungskomponente" problematisiert den Gedenktag "9. November 1988". Mehr ab Seite neun +++ "Die Kongresse tanzten" --- zum Thema IWF mehr auf Seite zwölf +++ Lesungen ausländischer SchriftstellerInnen im Schloßkeller. Kostproben auf den Seiten 14 und 15 +++ Überall liegen ihre Flugblätter und hängen ihre Boxen: der Präsident soll sich schon beschwert haben. Die Rede ist von Unidat, dem Informationsservice der THD. Die AStA-Zeitung recherchierte, wer und was dahintersteckt. Alle Informationen, lückenlos und indiskret ab Seite 16 +++ Um Fahrgemeinschaften geht es auf den Seiten 18 und 19 +++ Da hat die HEAG endlich einen Pendelbus eingerichtet. Und was tut die AStA-Zeitung? Sie mosert! Solcherlei Frechheiten gibt's ab Seite 20 +++ Der Deutsche Ingenieurinnen Bund schreibt einen offenen Brief: Durch die bevorzugte Auswahl Wehr- und Zivildienstleistender für die Elektrotechnik werden Frauen benachteiligt. Im Wortlaut auf Seite 22 +++ Den BauingenieurInnen wurden sämtliche Arbeitsräume gestrichen. Nein, nicht mit Farbe! --- sie wurden abgeschafft! Schweinerei! Aktion der Fachschaft auf Seite 25 +++ Auf der letzten Seite nochmals zum wichtigsten Thema: Gegen Wohnungsnot und miserable Studienbedingungen müssen sich die Studierenden von Unis und FHs gemeinsam wehren! Laßt es Euch durch den Kopf gehen und kommt zur VV - ist die dringende Bitte der Redaktion.

Kurze Meldungen

KATASTROPHEN - SCHON DRAN GEWÖHNT ??

Der erste Vortrag des Treff Angepaßte Technologie in diesem Semester behandelt die Verseuchung und Verschmutzung der Nordsee, die zwar schon aus den Schlagzeilen verschwunden ist, dennoch aber weiterhin anhält.

Gewöhnen wir uns allzu schnell an die in immer kürzeren Zeitabständen auftretenden Katastrophen, finden wir uns einfach damit ab?

Was ist aus den pressewirksam verkündeten Maßnahmen des Bundesreaktorministers Töpfer geworden? Wann werden die Kommunen diese Maßnahmen durchsetzen können? Warum sind die Verklappung von Schwefelsäure (sog. "Dünnsäure") in der Nordsee und die Seeverbrennung von Giftmüll noch immer nicht beendet? Wie sieht es mit den anderen Nordsee-Anrainern aus?

Erem Sezer von Greenpeace Frankfurt zeigt in ihrem Vortrag die Ursachen für den Tod der Nordsee auf und gibt Handlungsmöglichkeiten.

Di 22.11. um 18.00 Uhr im Raum 11/123
(Altes Hauptgebäude)

SONDERMÜLLPROBLEME AN DER THD

Die zweite Veranstaltung des TAT beschäftigt sich mit der Sondermüllproblematik an der THD. Bei einem Rundgang durch die Institute, insbesondere durch Laboratorien, werden die derzeitigen Sammlungs-, Abscheidungs- und Lagerungsmöglichkeiten der Giftstoffe besichtigt. Der Abfallbeauftragte der THD, Herr Dr. Zuber, wird uns bei diesem Rundgang führen und steht dann auch bei einem anschließenden Gespräch über die zukünftige Entwicklung zu Verfügung.

Treffpunkt für den Rundgang:
Do 1.12. um 9.45 vor dem Haupteingang der Mensa Lichtwiese.
Anmeldung in den beiden AStA-Büros



TREFF ANGEPAßTE TECHNOLOGIE

Veranstaltungen des Fachbereichs 2 zur Erinnerung an den 9. November 1938

- | | |
|-------------------------------|---------------------------------------------------------|
| Montag, 7. November 1988 | Hans Keilson liest aus seinen Werken |
| 19.30 Uhr | Altes Hauptgebäude, Hochschulstr. 1, Raum 100, 1. Stock |
| Dienstag, 8. November 1988 | Die Gruppe Cola laila präsentiert: Jiddische Lieder |
| 19.30 Uhr | Physik-Hörsaal, Hochschulstraße 6, Raum 30 |
| Donnerstag, 10. November 1988 | Dr. Dietz Bering: »Der Name als Stigma« |
| 20.00 Uhr | Altes Hauptgebäude, Hochschulstr. 1, Raum 100, 1. Stock |
| Freitag, 11. November 1988 | Film: »Die Welt in jenem Sommer« |
| 20.00 Uhr | Altes Hauptgebäude, Hochschulstr. 1, Raum 100, 1. Stock |

VOLL - VERSAMMLUNG

der Studentenschaft der THD

ZU

WOHNUNGSNOT

und

STUDIENBEDINGUNGEN

Mittwoch 9.11.1988

um 14.00Uhr im Audi Max

Die Resolutionen, die auf den nächsten beiden Seiten abgedruckt sind, sollen auf der VV diskutiert werden. Die Studenten und Studentinnen der THD werden dort über die endgültige Fassung abstimmen und ihr weiteres Vorgehen zu Studiensituation und Wohnungsnot beschließen.

Der Präsident
der Technischen Hochschule
Darmstadt

An die
Dekane der
Fachbereiche 1 - 20

im Hause

Abmarschort: 11 A-600-5-1- Seidel
Postfach: 5424
Datum: 1. November 1988

Betr.: Vollversammlung am 9. November 1988

Sehr geehrter Herr Dekan,

die Studentenschaft der THD wird am Mittwoch, den 9.11.88 ab 14 Uhr im Audimax eine Vollversammlung abhalten, die sich mit den Themen studentische Wohnungsnot und unzureichende Studienbedingungen befassen wird.

Ich würde es begrüßen, wenn allen Studenten Gelegenheit gegeben würde, an dieser Vollversammlung teilzunehmen und bitte, diesen Schreiben in Ihrem Fachbereich bekanntzugeben.

Mit freundlichem Gruß

Köhne

Liebe Kommilitoninnen, liebe Kommilitonen !

Das Präsidium des Studentenparlaments der Technischen Hochschule Darmstadt lädt euch zur Vollversammlung am 9.11.88 um 14.00 Uhr im Audi Max ein. Für die Dauer der Vollversammlung empfiehlt der Präsident der THD den Professoren, die Lehrveranstaltungen ausfallen zu lassen.

Die Vollversammlung ist das oberste beschlußfassende Organ. In den nächsten Tagen werden vom ASTA (Allgemeiner Studentenausschuß) Resolutionsentwürfe verteilt, die auf der Vollversammlung diskutiert und beschlossen werden sollen.

Weiter Informationen gibt es beim ASTA (Hochschulstr. 1, altes Hauptgebäude und Mensa Lichtwiese).

Kommt zahlreich, um zu dokumentieren, daß die Wohn- und Studiensituation an der Technischen Hochschule bei weitem nicht zufriedenstellend ist !

Resolution

WOHNUNGSNOT

Wie kann
man / frau

mit so neuen schlechten

Rafu
moder...

Die Wohnungssituation für Studierende verschärft sich Jahr für Jahr. In Darmstadt ist die Lage eher noch schlimmer als in vergleichbaren Universitätsstädten. Auf dem "freien" Wohnungsmarkt ist kaum etwas zu finden. Wenn Studierende dann doch eine Wohnung haben, müssen sie oft bis zur Hälfte ihres monatlichen Einkommens für die Miete bezahlen. Vermieter können so die Vergabe von Wohnungen an die ominösen, oft diskriminierende Forderungen knüpfen. Ausländern und Ausländerinnen ist es so kaum möglich, noch eine Wohnung zu erhalten.

Geht man von den Wartelisten aus, so könnte das Studentenwerk dreimal so viele Studentenwohnheimplätze vergeben, wie zur Verfügung stehen.

Seid kurzem werden Studierende nicht einmal mehr bei der Vergabe von Sozialwohnungen berücksichtigt: Eine Änderung, die die katastrophale Lage des gesamten Darmstädter Wohnungsmarkts für alle schlechter verdienenden Bevölkerungsgruppen widerspiegelt. In Darmstadt werden zur Zeit gar keine Sozialwohnungen mehr gebaut, die Gelder werden zur Erschließung von Industriestandorten nicht von Wohngebieten ausgegeben. Die Sanierung von Altbauvierteln, die hier in Darmstadt betrieben wird, schafft keinen Wohnraum, sondern führt zur Verringerung und Verteuerung der Wohnungen.

Die Wohnungsbaupolitik der Bundesregierung ist eine ebensogroße Katastrophe. Das Geld fließt in die Finanzierung von Eigenheimen, nicht in den sozialen Wohnungsbau, wo das Problem am größten ist.

Leidtragende dieser Politik von Stadt und Bund sind auch die Studierenden.

Deshalb fordern wir:

- Umgehende Bereitstellung von Mitteln durch Land und Bund zum Bau weiterer Student/inn/enwohnheimen. Die Stadt Darmstadt wird aufgefordert, ein Gelände zur Verfügung zu stellen. Gemeinsame Trägerschaft eines Wohnheimneubaus von Studentenwerk und Sozialwohnungsbau-trägern (Bauverein) ist zu prüfen. Damit ist auch das Argument entkräftet, daß Wohnheimplätze leerstehen könnten, wenn eines Tages der Studierendenberg überwunden sein sollte.
- Eine wirkungsvolle Kontrolle gegen überhöhte Mieten ist nötig. Geschäftemacher dürfen nicht von den Fehlern der Wohnungspolitik profitieren.
- Langfristig ist die Abschaffung des Maklerwesens anzustreben. Ein effektiv arbeitender kommunaler Träger soll die Wohnraumvermittlung übernehmen und die Interessen von Vermietern und Mietern wahren. Die Leistungen dieses Trägers müssen unentgeltlich sein.
- Das Studentenwerk soll Häuser und Wohnungen ankaufen oder anmieten und an Studierende weitervermieten. Dadurch werden bestehende Wohnobjekte effektiver genutzt, als das sonst der Fall wäre.
- Auflösung der Rücklagen von Bauverein und Studentenwerk zum Bau weiterer Sozialwohnungen und Student/inn/enwohnheimen. Die Rücklagen des Darmstädter Studentenwerks betragen zur Zeit über 10 Millionen Mark.
- Stadt und Land sollen integrierte Wohnprojekte fördern. Unterschiedliche Bevölkerungs- und Altersgruppen, Behinderte und Nichtbehinderte, Studierende und Arbeitnehmer/innen sollen in einem Viertel, unter einem Dach leben können.
- Das in Darmstadt kürzlich abgeschaffte Wohnraumzweckentfremdungsverbot muß wieder eingeführt werden.
- Land und Bund müssen die Sozialwohnungsbaumaßnahmen wieder aufnehmen.
- Auch BAföG Empfänger/innen haben ein Recht auf Wohngeld. Wohngeld ist ein Zuschuß, BAföG ein Darlehen. Schon allein deshalb ist der bestehende Zustand verfassungsrechtlich nicht haltbar.

Studiensituation

Unsere Universitäten sind überfüllt wie noch nie zuvor, obwohl unsere Bildungspolitiker seit spätestens vorigem Jahr einen Rückgang der StudentInnenzahlen erwartet haben. Die seit Mitte der 70 er Jahre bestehende Überlastung der Hochschulen ist mittlerweile als Normalzustand definiert. Schon dadurch herrschen an den Hochschulen seit nunmehr über 10 Jahren in vielen Bereichen untragbare Zustände und eine Besserung ist für die nächsten Jahre nicht zu erwarten. Zusätzliche Finanzspritzen erwiesen sich immer als einen Tropfen auf dem heißen Stein.

Versuche, diese Situation von staatlicher Seite über Zulassungsbeschränkungen (NC's) und BAFÖG-Änderungen zu regulieren, wirken außerordentlich diskriminierend, besonders gegen über Kindern aus Arbeiterfamilien, Frauen und AusländerInnen. Desweiteren werden Gelder für die Hochschulen immermehr dem Forschungsbereich zugeschoben, im Lehrbereich werden diese gekürzt. Die sich jetzt abzeichnende Situation kann vor diesem Hintergrund nur noch als Bildungskatastrophe bezeichnet werden.

DESHALB FORDERN WIR:

Die Hochschule ist mit mehr Räumlichkeiten (studentische Arbeitsräume, Seminarräume, Büros etc.) auszustatten, denn sie platzt aus allen Nähten. Weiterhin werden mehr Planstellen und Geldmittel benötigt, damit ein hinreichendes Lehrangebot und der Einsatz von studentischen TutorInnen sichergestellt und der Numerus Clausus abgeschafft werden kann.

Die direkten Kosten, die wir StudentInnen aufbringen müssen (Studiengebühren, Praktikums- und Übungsmaterial etc.), müssen abgeschafft werden, sowie das BAFÖG erhöht und auf elternunabhängiges Stipendium umgestellt werden. Die Wohnsituation muß entscheidend verbessert werden.

Das Studienangebot muß quantitativ und qualitativ erweitert werden, d.h. das fachübergreifende Lehrangebot muß ausgebaut und die Einbeziehung von gesellschaftlichen Zusammenhängen und Auswirkungen muß gewährleistet werden. Projektstudium und ganzheitliche IngenieurInnenausbildung muß gewährleistet werden.

Diese Forderungen gilt es umzusetzen, damit das Recht auf Bildung an den Hochschulen verwirklicht werden kann, und die Hochschulen nicht zu einer Spezialschule für Reiche und Fachidioten wird.

Deutsche Waffen, deutsches Geld...

...morden mit in aller Welt!". Einigen erschien diese Demoparole "zu platt". Würde sie nur nicht immer wieder von neuem bewiesen.

Jüngstes Beispiel ist der Völkermord an den Kurden im Irak. Hans Branscheid von der medizinischen Hilfsorganisation "medico international" beschrieb nach einem Aufenthalt im Norden Iraks die Giftgasangriffe wie folgt:

"Die Giftbomber kommen meist in zwei Wellen (...). Die erste Woge hat herkömmliche Sprengbomben an Bord, die sie über den (...) Dörfern abwerfen. Die Detonationen zwingen die Kurden in die Keller und Unterstände, die aber gleich darauf zur tödlichen Falle werden. Denn wenig später fliegt die zweite Welle der Kampfflugzeuge heran, diesmal mit Giftgaskanistern an Bord. (...) Ein Rauchpilz zeigt kurz den Ort an, dann verteilt sich das Gas in Minutenschnelle über weite Flächen. Weil es schwerer ist als Luft, dringt es als erstes in Gräben und Höhlen, die eben noch Schutz boten. Die Angegriffenen rennen um ihr Leben, springen aus den Höhlen und fliehen zu den Hügeln und Bergen - ins Verderben, denn die irakische Armee wendet eine neue Taktik an, wirft Giftgasbomben vor allem an den Hängen ab. Die Flüchtenden stürzen (...) direkt in die Gaswände hinein."

Scheinheilig erklärte auch das Auswärtige Amt in Bonn seine "Betroffenheit" über die irakischen Angriffe. Verlogen ist dieser angebliche Protest gegen die Massaker in Kurdistan nicht nur deshalb, weil rund 1.000 Firmen aus der BRD beide Kriegsgegner Irak und Iran mit Waffen und Ausrüstung belieferten, allen voran die bundeseigene Firma Fritz Werner GmbH, sondern auch weil deutsche Firmen direkt in die Giftgasproduktion Iraks verwickelt sind. Zwölf Firmen aus der BRD stehen im Verdacht, den Gaskrieg des Iraks erst möglich gemacht zu haben.

Schon im März 1984 berichtete die angesehenere "New York Times", die hessische Firma Pilot Plant GmbH, ein Tochterunternehmen der Karl Kolb GmbH in Dreieich (Kreis Offenbach) habe einen Großteil der Anlagen für die C-Waffenproduktion Iraks geliefert.

Zunächst behauptete Pilot Plant, es handele sich lediglich um Anlagen zur Herstellung von Pflanzenschutzmitteln, mußte dann aber vor Gericht einräumen, daß solche Anlagen auch zur Produktion von Giftgas umgebaut werden können. Seit Ende letzten Jahres ermittelt auch die Staatsanwaltschaft Darmstadt gegen Kolb/Pilot Plant. Bislang ohne Ergebnis.

Verbindungen sollen auch bestehen zwischen den Firmen Kolb und Pilot Plant und dem Hamburger Unternehmen "Water Engineering Trading" (W.E.T.). Es bot dem "State Establishment for Pesticides Productions", der Abteilung des irakischen Industrieministeriums für die Giftgasproduktion, die Chemikalien für eben diese Produktion an. Auch W.E.T. soll Anlagen zur Giftgasproduktion in den Irak geliefert haben.

Unter diesen Umständen kann man es nur als menschenverachtenden Zynismus der Erben von Eichmann&Co. bezeichnen, wenn es den Kurden Iraks noch nicht einmal gelingt Analysegeräte für Giftgas in der BRD zu erwerben.

Gelegenheit sich über die Unterstützung von BRD-Firmen für den Völkermord in Kurdistan zu informieren, besteht im Laufe der Kurdistan-Woche der Kurdischen Gemeinde vom 7.11. bis 12.11.

Folgende Veranstaltungen finden im Rahmen der Kurdistan-Woche statt:

"Die historische und aktuelle Lage Kurdistans", Diskussion mit Hans Branscheid (medico international), Alexander Sternberg-Spohr (Gesellschaft für bedrohte Völker), Jürgen Roth (Journalist)
am 7.11 19.00 Raum 11/226 THD

Hasan Dewran liest am 8.11 20.00 in Raum 11/100 THD aus seinen Werken.

Diskussion zur Lage der Kurden in der BRD u.a. mit Vertretern von amnesty international und KOMKAR
am 9.11. 19.00 Raum 11/226 THD

Film "Die Herde" von Yilmaz Güney im Audi-Max der THD am 10.11. 20.00

Konzert mit kurdischer Folklore am 12.11. 20.00 im Audi-Max der THD

Michael Zimmermann

Gedenken mit Verdrängungskomponente.

Die Erinnerung an die »Reichskristallnacht«

1. 1988 jährt sich die Reichspogromnacht zum 50. Male. Die Bundesrepublik, so steht zu befürchten, wird sich bestätigen, daß sie "aus der Geschichte gelernt" hat. Die Gedenkveranstaltungen werden an diesem Tag Legionen sein. Aber gerade die Tatsache, daß die "Reichskristallnacht" in den Mittelpunkt des bundesdeutschen Gedenkens der nazistischen Judenverfolgung gerückt wird, erregt Verdacht.

Die historische Forschung zur "Reichskristallnacht" gelangt zunächst zu dem Befund, daß es sich am 9./10. November 1938 nicht um einen Pogrom mit Massenbeteiligung, sondern um eine von oben gesteuerte Aktion nazistischer Verbände handelte, bei der die Bevölkerung und die Funktionsebenen des NS-Systems beiseite standen. Diese Aussage zu treffen, bedeutet nicht, das herkömmliche Klischee vom Nazi-Mob einerseits und einer sympathisch für die Opfer empfindenden Volksmehrheit zu reproduzieren. Insbesondere W. S. Allen und I. Kershaw vermochten zu zeigen, daß Mitleid oder gar Solidarität mit den jüdischen Opfern des Pogroms nicht die vorherrschenden Motive darstellten, die die Bevölkerungsmehrheit zur Distanz gegenüber dem Novemberpogrom bewogen. (1)

Die Deutschen lehnten die "Reichskristallnacht" in der Regel mit anders gelagerten Wertorientierungen ab, die hierarchisch über einem - in sich wiederum abgestuften - Antisemitismus rangierten und ihm deshalb entgegenwirken konnten. Von diesen Ablehnungsgründen sind zunächst die Abscheu vor einem Sich-Vergreifen an fremdem Privateigentum und vor der Demolierung oder Verschleuderung von Sachwerten zu nennen sowie ein konfessionelles Eigeninteresse, das die Brandschatzung der Synagogen als ersten Schritt zur Zerstörung der christlichen Kirchen interpretierte. Des Weiteren wurden gegen den Novemberpogrom die Scham angesichts des Sinkens deutschen Ansehens im Ausland, eine Kritik an "wilden" Aktionen bei gleichzeitiger Akzeptanz einer vermeintlich "legalen" Ausgrenzung der Ju-

den sowie schließlich überkommene nationale Ressentiments vorgebracht, nach denen pogromartiges Handeln zwar dem "barbarischen" Osten, nicht aber dem Deutschen Reich entspreche. Eine charakteristische Ergänzung erfuhren diese nur sehr begrenzt von Mitmenschlichkeit berührten Einschätzungen insofern, als sich gegen die wenige Tage vor der "Reichskristallnacht", am 28.10.1938 erfolgte Abschiebung der Juden mit polnischer Staatsangehörigkeit nach Sbonszyn fast überhaupt keine kritische Stimme erhoben hatte. (2)

Das beunruhigende Motivbündel, das das Urteil der Deutschen über den Novemberpogrom bestimmte, ändert aber nichts daran, daß die NS-Formationen während der "Reichskristallnacht" isoliert handelten und daß sich die übrige Bevölkerung abseits hielt. Und nun gerade dieser 9. November, an dem die Tätergruppe so leicht zu benennen und als braune Minderheit zu identifizieren war, als Gedenktag? Es liegt die Vermutung nahe, hier handle es sich nicht zuletzt um ein subtiles Beiseiteschieben der auf die Reichspogromnacht folgenden extremen Entrechtung und Enteignung der Juden, ihrer Demütigung und sozialen Isolierung sowie der Deportationen während des Krieges. All dies wurde eben nicht von einer kleinen braunen Clique, sondern in ausgedehnter gesellschaftlicher Arbeitsteilung umgesetzt und stieß weder bei den führenden Positionsinhabern noch in der Bevölkerung selbst auf merklichen Protest. Ganz zu schweigen von der Bedrängung des industriell organisierten Völkermordes selbst, dessen Ungeheuerlichkeit und Unvorstellbarkeit sich hinter dem Ortsnamen "Auschwitz" verbergen.

Insbesondere für die Kriegsjahre muß in der Tat festgehalten werden, daß die Isolierung, Entrechtung, Ausbeutung und Deportation der Juden nicht lediglich in das Aufgabenfeld von Gestapo und SS fielen. So profitierten zahlreiche Firmen von der "Arisierung" jüdischer Geschäfte ebenso wie von der Verpflichtung jüdischer

Zwangsarbeiter gegen Niedriglohn; die kommunalen Wohnungsämter registrierten die Einweisung von Juden in "Judenhäuser"; Ernährungs- und Wirtschaftsämter kontrollierten die Ausgabe von Essens- und sonstigen Marken an die Juden und die sukzessive Einschränkung dieser Markenausgabe; Finanz- und Sozialbehörden regulierten Renten- und Wohlfahrtsunterstützungsfragen; Polizisten überwachten die Einhaltung der nächtlichen Ausgangssperre und sahen danach, daß kein Jude unerlaubt ein Automobil steuerte; Schaffner hatten ein Auge darauf, daß Juden in Bussen und Bahnen keine Sitzplätze einnahmen.

Überdies spielte sich ein Großteil der Zwangsmaßnahmen unter aller Augen ab: Die Judenhäuser lagen nicht isoliert, sondern inmitten belebter Wohngegenden; der Judenstern stigmatisierte seine Träger in publico; "arisierte" Geschäfte wurden von Kunden durchaus nicht boykottiert, sondern weiterbesucht; Kinokartenverkäuferinnen waren darüber instruiert, daß Juden die Lichtspielhäuser nicht betreten durften; Parkbänke mit der Aufschrift "Nur für Arier" waren für jeden Lesekundigen als Diskriminierungsmaßnahme identifizierbar; die Überausbeutung jüdischer Zwangsarbeiter wurde von deutschen Vorarbeitern und Meistern kontrolliert. (4) SS und Gestapo organisierten den Abtransport von Juden von den Bahnhöfen "nach Osten" vielfach am helllichten Tag, ohne daß deshalb der reguläre Zugverkehr eingeschränkt wurde; die Bahnsteige waren ebenso belebt wie die Straßen, auf denen die Juden zum Bahnhof geführt wurden. Zahlreiche Soldaten, die in Polen stationiert waren, besichtigten in ihrer Freizeit die Ghettos, in denen die Juden zusammengepfercht dahingevegetierten und starben; Wehrmacht-Offiziere wie einfache Armeeangehörige erfuhren von den Massenerschießungen der mobilen Einsatztruppen. (5) Proteste aus der Bevölkerung gegen den Kennzeichnungszwang für Juden und gegen die Deportationen blieben, gemessen am Standard des 9./10. November 1938, marginal, nicht zuletzt deshalb, weil diese Maßnahmen "geordnet" und nicht "wild" vonstatten gingen. Unpräzise Hilfe für die verfolgte Minderheit bildete die Ausnahme. Dies ist nicht allein und wohl nicht einmal hauptsächlich auf die Sanktionen zurückzuführen; die das NS-Regime

sogenannten "Judenknechten" androhte. Am verbreitetsten war während des Krieges die Haltung, die Desinteresse an der "Judenfrage" angesichts des Kriegsalltags; moralische Gleichgültigkeit und latenter Antisemitismus in unterschiedlicher Gewichtung miteinander verband. (6) ...

Angesichts der nicht 1938, sondern im Krieg praktizierten Massenvernichtung; angesichts der Beteiligung der Funktionselemente des Systems an der Vorbereitung und partiell der Durchführung des Vernichtungsprozesses und angesichts der Passivität, mit der die Bevölkerungsmehrheit die Aussonderung der Juden nach 1939 begleite, scheint der 9. November in der Tat ein problematischer Gedenktag zu sein. Er richtet den Blick lediglich auf den kleinen Kreis der an den Pogromen der "Reichskristallnacht" Beteiligten.

2. Wenn es richtig ist, daß diese Wahl des 9. November zum Gedenktag der Judenverfolgung selbstgerechter und exkulpatorischer Züge nicht entbehrt, so gewinnt der Tag unter der Perspektive jüdischen Leidens und Handelns allerdings eine stärkere, traumatische Bedeutung: Jüdische Bürger wurden am 9. und 10. November 1938 geschlagen und ermordet sowie zu Tausenden in Konzentrationslagern interniert. Jüdische Synagogen, Geschäfte und Wohnungen wurden zerstört und verwüstet. Eine Flut antifödischer Gesetze forcierte nun die soziale Isolation, die finanzielle Ausplünderung und die wirtschaftliche Enteignung. Bei den meisten schwanden die letzten Hoffnungen auf eine zwar ungleiche, gleichwohl aber geregelte und friedliche Koexistenz mit der Mehrheitsbevölkerung. Der Schock einer "Reichskristallnacht", bei der sehr viel mehr als Glas zerstört wurde, insbesondere die mit diesem Ereignis vielfach verknüpfte Lebensbedrohung, ließ nun die Auswanderung meist zur einzigen Hoffnung werden.

Die traumatische Erfahrung der Reichspogromnacht und das darauf folgende, auf Rettung im Ausland zielende Handeln erklären, daß auch jüdische Gemeinden in der Bundesrepublik den 9. November als ihren Gedenktag begehen. Diese Wahl mag zudem mit einer Interpretation des nazistischen Völkermordes als eines "überdimensionalen Pogrom(s)" zusammenhängen, als dessen er-

ster Schritt die Reichspogromnacht zu deuten nahe liegt. Diese Deutung scheint zunächst plausibel, verstellt jedoch den Blick auf das eigentlich Ungeheure des Völkermordes. Denn "so nötig der traditionelle Antisemitismus für die Shoah gewesen ist, so wenig geht letztere aber notwendig aus dem Antisemitismus hervor." (7) Daß die Shoah aber dennoch auf der Linie des Pogroms und des herkömmlichen Antisemitismus interpretiert wird, dürfte mit jener für die Opfer und ihre Nachfahren schier unerträglichen Vorstellung zusammenhängen, in Auschwitz habe ein Ereignis stattgefunden das sich letztlich dem Verstehen entzieht. (8)

Ein Problem ganz anderer Art ergibt sich schließlich, wenn sich Angehörige der Mehrheitsbevölkerung an den Gedenkveranstaltungen der jüdischen Gemeinden zu beteiligen. Dann besteht die Gefahr, daß diese jüdischen Gemeinden ungewollt die Kulisse zur "Entsorgung" der deutschen Geschichte abgeben, wie es sich etwa für die Stadt Frankfurt zeigen läßt. Micha Brumlik, Sprecher der jüdischen Gruppe in der Frankfurter Initiative "Rettet den Börneplatz" führt dazu aus: "(...) Die jüdische Gemeinde ist zur Kulisse für eine bestimmte Form christlich-demokratischer Politik geworden, für ein Geschichts-

bild, das uns darüber belehren möchte, daß es alles in allem ein mehr oder minder gedeihliches Zusammenleben von Juden und Deutschen in Deutschland gegeben hat, daß die Juden ein Teil der deutschen Kultur sind, daß man das im Sinne einer bürgerlichen Restauration von Kultur durchaus aufzunehmen habe - mit Ausnahme eben jener zwölf dunklen Jahre (...)" (9) (...)

Dieser Aufsatz wurde gekürzt übernommen aus der Zeitschrift GESCHICHTSWERKSTATT, Nr. 14/88, S. 39 ff. (ERGEBNISSE-Verlag Hamburg)

Anmerkungen

- 1 William S. Allen: Die deutsche Öffentlichkeit und die »Reichskristallnacht« - Konflikte zwischen Werthierarchie und Propaganda im Dritten Reich, in: D. Peukert/J. Reulecke (Hrsg.): Die Reichen fast geschlossen. Beiträge zur Geschichte des Alltags unter Nationalsozialismus, Wuppertal 1981, S. 397 ff., Ian Kershaw: Antisemitismus und Volksmeinung. Reaktionen auf die Judenverfolgung, in: Bayern in der NS-Zeit. Herrschaft und Gesellschaft im Konflikt, Band II, hrsg. von M. Broszat und E. Fröhlich, München/Wien 1979, S. 281 ff.
- 2 Zu den gegen die »Ostjuden« gerichteten Stereotypen und Klischees siehe Trude Maurer: Ostjuden in Deutschland 1918-1933, Hamburg 1986, S. 104 ff.
- 4 Siehe Joseph Walk (Hrsg.): Sonderrecht für die Juden im NS-Staat, Heidelberg und Karlsruhe 1981; diese Sammlung enthält 1973 antijüdische Gesetze und Verordnungen aus den Jahren 1933-1945.
- 5 Siehe etwa Raul Hilberg: Die Vernichtung der europäischen Juden. Die Gesamtgeschichte des Holocaust, Berlin 1982, insb. S. 197 ff.
- 6 Ian Kershaw: German Popular Opinion and the »Jewish Question«, 1939-1943: Some further Reflections, in: A. Paucker (Hrsg.): Die Juden in Deutschland 1933-1943, Tübingen 1986, S. 365 ff.
- 7 Dan Diner: Negative Symbiose. Deutsche und Juden nach Auschwitz, in: Dan Diner (Hrsg.): Ist der Nationalsozialismus Geschichte? Zu Historisierung und Historikerstreit, Frankfurt am Main 1987, S. 185 ff., hier S. 192.
- 8 Ebenda, S. 193.
- 9 Aus einem Gespräch mit Micha Brumlik, das unter dem unglücklichen Titel »Der Jude, ein Juwel der deutschen Kulturmission« in der DVZ/ die tat 51/52-1987, S. 21 veröffentlicht wurde.
- 10 Dan Diner (Anm. 7), S. 189.

zum Weiterlesen ...

Im Zusammenhang mit der hier angesprochenen Thematik sei auf folgende, sehr lesenswerte Broschüren hingewiesen:

- **Nationalsozialismus und Antisemitismus an Hochschulen** stellt eine Zusammenfassung der Entwicklung des Nationalsozialismus an den Hochschulen, insbesondere an der THD, von der Weimarer Republik bis Mitte der 30er Jahre dar und geht auch auf den Judenpogrom 1938 in Darmstadt und Umgebung ein.

Die Broschüre ist kostenlos erhältlich bei der Fachschaft des FB 2, die sie in mühevollen Recherchen mit viel Kleinarbeit erstellt hat (Schloß, Raum 25), sowie beim AstA der THD.

- **Für eine anti-rassistische Bewegung in der Bundesrepublik**

Broschüre der Darmstädter Initiative gegen Rassismus, 44 Seiten, 4 DM.

Es geht um die Fragen: Was ist Rassismus? Wie ist der Rassismus zu bekämpfen? Die historischen Wurzeln des Rassismus sowie seine Funktion in der kapitalistischen Gesellschaft heute werden erklärt. Daraus wird der Weg für den Aufbau einer antirassistischen Bewegung aufgezeigt.

Erhältlich im AstA oder anfordern bei K. Müller, Postlagerkarte 017850 D, 61 Darmstadt 11 gegen Verrechnungsscheck oder Vorüberweisung von 4 DM + 2,50 DM für Versand auf Konto: Sparkasse DA, BLZ 50850150, Kt 118017617, Ini gegen Rassismus.

Die Ini trifft sich donnerstags um 19 Uhr in Raum 11/25.

Die Kongresse tanzten

- Versuch eines kritischen Rückblicks auf die Proteste gegen IWF und Weltbank -

80.000 TeilnehmerInnen auf der Demonstration, 3.000 bei dem Gegenkongreß und während der Tagung von IWF und Weltbank täglich Proteste mehrerer tausend Menschen gegen die Ausbeutung der "Dritten Welt" und die Profiteure hier.

Also ein voller Erfolg für die Veranstalter! Oder? In dieser und der nächsten AStA-Zeitung möchten wir einen kritischen Rückblick auf die verschiedenen Veranstaltungen und Protestaktionen anlässlich der Jahrestagungen von IWF und Weltbank versuchen. In dieser Ausgabe der AStA-Zeitung wollen wir zunächst einmal die verschiedenen Kongresse vor und während der Tagungen der internationalen Finanzorganisationen beleuchten.

Vornehmlich akademisch wurde der Protest auf dem Internationalen Gegenkongreß formuliert: Diskutiert wurde u.a. über die Ursachen der Verschuldungskrise, die Funktion des IWF, seine verheerende Auflagenpolitik, sowie über die Auswirkungen der Politik der BRD, ihrer Banken und Konzerne auf Millionen von Menschen.

Etwas beliebig wirkte die Liste der eingeladenen ReferentInnen: vom SPD-Bundestagsabgeordneten und IWF-Befürworter Hauchler über den ehemaligen Planungsminister Tunesiens Ahmed Ben Salah bis hin zu Vertretern der Befreiungsbewegung El Salvadors FMLN. 90% der ReferentInnen waren Männer, aber irgendwo im Programm gab es (mann hat ja irgendwie auch mal was vom Patriarchat gehört, und ist selbstverständlich auch dagegen) den Unterpunkt "Feminisierung der Armut weltweit".

Vertraten einige RednerInnen die These der Reformierbarkeit von IWF und Weltbank, so überwog doch in der Mehrzahl der Beiträge die radikale Kritik an Imperialismus und Kolonialismus. Die Abschlußklärung des Kongreß stellte dann auch den untrennbaren Zusammenhang zwischen den Strukturen des kapitalistischen Weltwirtschaftssystems und Abhängigkeit und Verelendung der Menschen in der "3.Welt" fest.

Die Forderung nach globaler, umfassender und sofortiger Schuldenerleichterung unterstützte der Kongreß nachhaltig. Ein Teilschuldenerlaß oder eine bedingte Streichung hingegen wurde als neokolonialer Ausverkauf und Eingriff in die nationale Souveränität kritisiert.

Über eine Schuldenerleichterung hinaus wurde eine neue Weltwirtschaftsordnung gefordert. Hierzu sei eine tiefgreifende Veränderung der internationalen Arbeitsteilung, der internationalen Beziehungen und Machtverhältnisse unabdingbar. Die Elemente einer solchen 'neuen' Weltwirtschaftsordnung blieben jedoch im dunkeln, wenn man sich nicht damit zufrieden gibt, daß mit Neokolonialismus, kapitalistischen Weltmarkt, Ausbeutung, Frauenunterdrückung, Umweltzerstörung und Hochrüstung selbstverständlich Schluß sein soll.

Die bundesdeutschen Banken und Konzerne benennt der Kongreß als den politischen Gegner, den es hier in der BRD und Westberlin zu bekämpfen gilt. Kennzeichnenderweise fiel den Initiatoren der Abschlußklärung außer der Solidarität mit den Befreiungsbewegungen in der "Dritten Welt" nichts weiteres ein, als den Kampf der Frauen gegen patriarchale Strukturen, sowie ein nicht-ausbeuterisches Verhältnis zur Natur und eine solidarische Lebenspraxis zu fordern. So wird der Rückzug eines Großteils der westdeutschen Linken in die Nischen der Alternativ-Ökonomie und ein verspießertes "Seid lieb zueinander" zu politischem Widerstand und internationaler Solidarität hochstilisiert.

Völlig in ihre eigenen Widersprüche verwickelt sich die Abschlußklärung des Gegenkongreß, wenn einerseits die Lohnabhängigen in der BRD als Opfer von Arbeitsplatzvernichtung und Lohnsenkung erkannt werden, andererseits genau diesen Menschen ein Konsumverzicht nahegelegt wird. So wird politisch das Geschäft derjenigen betrieben, die hier seit Jahren Sozialabbau, Lohnkürzung, Steuererhöhungen, Flexibilisierung etc. propagieren.

Eine erfolgversprechende politische Strategie müßte gemeinsame Interessen und Ziele der von den Auswirkungen der wirtschaftlichen Krise betroffenen Menschen hier und in der "3.Welt" aufzeigen. Mit moralischen Apellen wird das sicher nicht erreicht.

Anders als die Initiatoren des Gegenkongreß setzten die Organisatoren der Tagung "Umweltzerstörung und Weltbank" auf die Reformierbarkeit dieser Institution. Auf dieser Tagung standen die ökologischen Auswirkungen von Weltbankprojekten im Mittelpunkt der Kritik. Die Unterstützung der Weltbank für die Zerstörung der tropischen Regenwälder und der dort lebenden Indios wurde ebenso angeprangert, wie der Einsatz umweltschädlicher Pestizide in Afrika.

Die Weltbank wurde aufgefordert, sie möge ihr Geld doch bitte "richtig" investieren; zumal die Umweltzerstörung ja auch negative Auswirkungen auf den Wohlstand der Industrieländer habe.

Auf der Anklagebank, wenn auch in Abwesenheit, saßen IWF und Weltbank bei dem "Permanenten Tribunal der Völker" der Lelio-Basso-Stiftung, das parallel zu der offiziellen Bankertagung stattfand. In Form eines Gerichtsverfahrens sollte dieses Tribunal über die Politik von IWF und Weltbank urteilen.

Die Anklage warf diesen beiden Institutionen eine systematische Verletzung der Menschen- und Völkerrechte, die Zerstörung der Natur und eine massive Verbreitung der Armut vor.

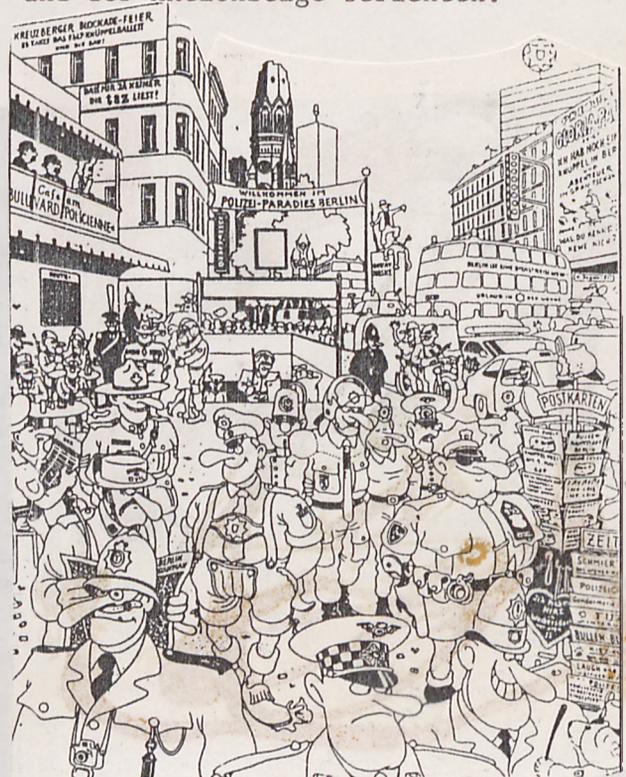
Zeugen aus der "3.Welt" schilderten die katastrophale soziale und wirtschaftliche Lage in ihren Heimatländern. Sie beschuldigten die Finanzorganisationen u.a. der Fälschung von Statistiken (in Trinidad und Tobago), um ihr Programm der Drosselung des Konsums durchzusetzen. In Afrika habe nach Aussage eines ehemaligen Weltbankdirektors die verstärkte Exportorientierung bewirkt, daß ein Kontinent, der sich 1960 noch selbst

ernähren konnte, heute dazu nicht mehr in der Lage ist. Der ehemalige Planungsminister Liberias Togba Nah Tipoteh führte aus, die Investitionspolitik von IWF und Weltbank sei ausschließlich darauf gerichtet, die Kosten für die multinationalen Konzerne zu senken.

Nach Beweisaufnahme und Plädoyers von Anklage und Verteidigung, wurden IWF und Weltbank für schuldig befunden, gegen die Charta der UN, das Souveränitätsrecht der Länder und das Selbstbestimmungsrecht der Menschen, sowie gegen die selbst proklamierten Ziele, für Wohlstand und geringe Arbeitslosigkeit zu sorgen, verstoßen zu haben.

Das Urteil der 12-köpfigen Jury aus ehemaligen Ministern, Nobelpreisträgern und Abgeordneten setzte auf "Resozialisierung" bzw. Reformierbarkeit von IWF und Weltbank. Es wurde ein allgemeines Schuldenmoratorium gefordert, langfristig solle eine Umorientierung von IWF und Weltbank stattfinden.

Soviel über die Kongresse der verschiedenen Kritiker von IWF und Weltbank vor und während der offiziellen Jahrestagungen. Der Protest wurde jedoch auch auf der Straße vorgetragen. In der nächsten AStA-Zeitung werden wir über Verlauf und Zielsetzug der Demonstrationen und der Aktionstage berichten.



Das Kulturreferat des AStA's hat am 3. November 1988 eine Lesungsreihe begonnen. Wir haben ausländische SchriftstellerInnen die in Deutsch schreiben, eingeladen und stellen sie Euch mit Auszügen ihrer Bücher hier vor. Am 10.11.1988 liest Jose F.A. Oliver und Karl-Martin Matt (sax). Für den 17.11.1988 haben wir Rafik Schami eingeladen, der einigen schon bekannt sein dürfte. Alle Lesungen finden um 20.30 Uhr im Schloßkeller statt.

Jose F.A. Oliver und

Karl-Martin Matt(Sax.) Do 24.11.88

Der dissonante Sound von Karl-Martin Matt, eine eigenwillige Verbindung von Jazz und moderner Musik, ist genau auf die Gedichte abgestimmt. Jeder Ton antwortet, schreit, träumt auf ein Wort, einen Vers. Manchmal untermalt er, manchmal reibt er sich, manchmal... geht er eigene Wege.

Die Gedichte jammern und schimpfen nicht, sie gestalten. Der junge Poet Oliver spricht sie gut, effektsicher in der Dynamik, voll packender Dramatik und doch glasklar strukturiert. Sie sinnieren über den Status quo eines Deutschen, dessen Eltern aus dem fernen Sonnenland Andalusien kamen. Wo ist er "Verwurzelt"?, wohin ist er "Unterwegs"? wie und wohin im "Auf-bruch".



Nationale Identität

Ja

in meinem spanischen Reisepaß steht folgende Nummer:

EC00835133

in Deutschland gezeugt
aus Spanien importiert

seither trage ich
eine unsichtbare Tätowierung
einzusehen
in irgendeinem Archiv

Zahlen sind doch völkerverbindend
und ich darf existieren

seit wir
diese sonderbare Mischung sind
aus Kennnummer und gültigem Stempel
dürfen wir hier leben

Danke

wie hätte ich sonst jemals erfahren
wer ich bin

EC00835133

Stühle

Stühle bauen
Stühle besetzen
Stühle bekämpfen
Stühle umwerfen

zwischen den Stühlen
Land erobern
stuhlos leben

zwischen den Stühlen
lebt die Möglichkeit

in Bewegung
zu bleiben

Rafik Schami Do 17.11.88

Fliegende Bäume, der chemische Lösungsvorgang des Salzes im Meer und ... Warum bekriegen sich nicht die Götter auf der Erde vor den Augen der Menschen? Wenn einer von ihnen übrigbleibt, sparen sich die Menschen den Krieg und folgen ihm oder ... bringen ihn um, damit seine Söhne nicht wieder streiten und Krieg verursachen, dann können die Menschen in Ruhe leben.

... Ansichten eines Märchenerzählers.



Mehmet

Es war alles vorbereitet: das Bier kaltgestellt, die Wurst- und Käseplatten hübsch mit Salzstangen und Zwiebelringen garniert – der Diaprojektor im Wohnzimmer schon seit Stunden aufgebaut, die Urlaubsbilder nach Reisesstationen schon lange geordnet; es sollte ein gemütlicher Abend werden. Obwohl Heinz den Ablauf der Diashow schon x-mal geprobt hatte, war er sehr unsicher. Viertel nach acht war es soweit, die ersten Gäste kamen. Um neun Uhr hielt Heinz die Spannung nicht mehr aus, und er versuchte geschickt, auf seine Urlaubsdias aufmerksam zu machen – und wie das immer so ist, konnte er auch gleich beginnen.

Das erste Bild zeigte die ganze Familie auf dem Frankfurter Flughafen, das zweite »über den Wolken« war auf den Kopf gestellt; Heinz entschuldigte sich sofort. Das dritte, »Ankunft Flughafen Istanbul«, Tochter Ramona und Sohn Jens in Großaufnahme. Die Gastgeberin erklärte sofort, daß Ramona ausgerechnet heute bei einem Architekten eingeladen sei, sie ließe sich entschuldigen. Die weitere Reihenfolge der Bilder war wie bei jeder Urlaubsvorführung. Überbelichtet, angeblich lustige Szenen, die auch nach vielen Erklärungen die Gäste langweilten. Spannend waren allerdings die Erzählungen über die »einfachen gastfreundlichen Menschen« in der Türkei, die sie überall getroffen hatten. Müllers, die auch schon mal in der Türkei waren, konnten dies immer wieder bestätigen. Es war ein fast gelungener Abend.

»Guten Abend«, sagte Ramona, »Entschuldigung, daß wir so spät kommen, aber ich mußte noch auf Mehmet warten, sein Chef ließ ihn mal wieder das ganze Lager alleine aufräumen.« Mehmet zog verlegen die Schulter hoch, lächelte und sagte: »Ich Chef sagen, heute ich Bilder von Türkei gucken, er nix wollen, er sagen viel Arbeit, Bilder egal.«

In dem halbdunklen Zimmer konnte niemand sehen, wie Heinz und seine Frau die Gesichtsfarbe wechselten

und die Luft anhielten. Es herrschte eine grauenhafte Stille.

»Aber du wolltest doch zu Herrn Schneider gehen, Ramona??« sagte die Mutter.

»Ich? Zu Herrn Schneider? – Ach ja, stimmt. Aber die Feier ist verschoben worden. Habe ich euch doch gesagt. Oder nicht??«

Nun versuchten die Gäste, diese peinliche Situation zu überbrücken.

»Das ist aber schön, daß du doch noch gekommen bist. Setz dich doch, Ramona.« Mehmet merkte sofort, daß er übersehen wurde, setzte sich aber trotzdem. Heinz versuchte, sich zu beherrschen, und ging in die Küche. Ganz plötzlich fiel Herrn Müller ein, daß die Kinder nicht zu Hause sind und der arme Hund bestimmt dringend raus müßte; auch die anderen Gäste hatten plötzlich einen armen Hund und eine kranke Großmutter. Ramona ahnte, was nun kommen würde, nahm den verdutzten Mehmet an die Hand, zog ihn zur Tür und sagte: »Bitte, bitte, geh jetzt ganz schnell, ich werde dir morgen alles erklären.«

»Was los, warum morgen, nix heute??«

Aus der Küche wurde die Stimme des Vaters immer lauter, verzweifelt drehte Ramona sich um und sagte ganz leise:

»Bitte, gehe jetzt, bitte geh!«

Nun könnte man diese Begebenheit unseres langweiligen Alltags mit einem traurigen Ende erwürgen, dann würde diese erbärmliche Geschichte so enden:

Mehmet starrte wie betäubt die geschlossene Tür an. Obwohl es draußen warm war, durchlief ihn eine eisige Kälte, er zitterte am ganzen Körper. Anatolien war plötzlich ganz nahe. In seinem Dorf haben die Leute noch nie einen Gast rausgeschmissen.

Oder, um dem Leser endlich meine Version zu erzählen: Mehmet geht hinaus, pinkelt in den Briefkasten von Heinz, atmet erleichtert auf, und beschließt für sein Leben, nie eine Frau zur Freundin zu nehmen, die sich seiner schämt und mit ihm am ersten Abend Dias anschauen will.

Unidat — Schluß mit dem Informationsdefizit?

Für 30,- DM kümmern sie sich um (fast) alles, was Studenten zu erledigen haben. Morgens Parkplätze suchen? In der Mensa Schlange stehen? Bücher kopieren? Abendessen einkaufen? Mitnichten. Aus der Sicht von Unidat, dem „Uni-Daten-Service“ der THD, geht ein Großteil der studentischen Zeit für's Ergattern von Informationen, sprich: Termine und Örtlichkeiten von Klausuren, Seminaren, Übungen usw. drauf. Und diese Zeit soll zurückgewonnen werden: Mit 30,- DM ist Otto Normalstudent dabei, bekommt zweimal im Monat ein Brieflein zugeschickt mit allen Informationen, die für ihn relevant sind.

Unidat, das ist zunächst einmal eine anonyme Adresse. Wer sich dort meldet, erhält prompt einen Vertrag, eine Info-Broschüre, einen Satz Anmeldeformulare zum Werben (für jeden geworbenen Kommilitonen gibt's 10,- DM zurück) und Vollmachten. Die braucht Unidat zum Anmelden für Klausuren. Ja, auch das erledigt Unidat. Wer liest, daß auch Vermittlungen von AG's und Nachhilfe, Literatur, Skripten, ja sogar Zimmer- und Wohnungsvermittlung zu Unidat's Angebot gehören, merkt schnell: Zum Blauen vom Himmel fehlt nicht viel.

Drei Drittsemester sind es, die das Ganze in die Wege geleitet haben. Warum? Unidat: „Als wir angefangen haben, wußte keiner, was abgeht, wo die Institute und die Aushänge sind.“ Als sie zweimal eine Klausuranmeldung verpaßt hatten, kamen sie auf die Idee mit dem Info-System. Zunächst wollten sie mit der TH-Verwaltung zusammenarbeiten, doch die blockte ab: „Keine Mißstände in Sachen Information an der TH.“ Also nahmen sie das Projekt selbst in Angriff. Mit Erfolg: In der ersten Woche konnte Unidat 150 Vertragspartner gewinnen, weitere 200 Interessenten haben sich gemeldet. Erkleckliche Sümmchen kommen da schon zusammen, oder? „Ach was! Allein unser Computer hat ja schon fünftausend Mark gekostet. Und dann das Porto, das muß ja auch mitgerechnet werden.“

Geht die Rechnung auf? Immerhin, sie geben sich Mühe: anfänglich in 14-tägigem Zyklus, später jede Woche wollen sie Institute und Sekretariate abklappern und die gewünschten Termine im Computer erfassen. Dann sollen ein- bis zweimal im Monat für jeden „Abonnenten“ Briefe mit den von ihm gewünschten Terminen herausgegeben werden. Bei der Gelegenheit

sollen dann auch die anderen Dienste ihr Recht bekommen. Unidat: „Wir stehen mit Maklern und Wohnungseigentümern in Verbindung.“

Die Richtigkeit wird garantiert: „Bei verschuldet falschen oder lückenhaften Informationen zahlt Unidat einen Betrag von DM 150,- an den Kunden zurück.“ Von falschen oder vergessenen Klausuranmeldungen steht nichts im Vertrag, aber dies sei in der Garantie eingeschlossen, bestätigt Unidat fernmündlich. Überhaupt, dieser Vertrag: Unidat verpflichtet sich zwar, „sorgfältig, lückenlos und diskret“ zu informieren; von „regelmäßig“ oder gar „unverzüglich“ ist jedoch nicht die Rede. Auch wird da vollmundig ein „Datenschutz für die bei uns gespeicherten Daten voll nach dem HDSG [Hessisches Datenschutzgesetz, d. Red.] vom 11.11.86 gewährleistet“. Der Gag: Das HDSG vom 11.11.86 regelt ausschließlich die Verarbeitung personenbezogener Daten durch öffentliche Stellen, findet also auf Unidat keine Anwendung. Am Telefon versichert Unidat immerhin, Daten würden Dritten nicht zugänglich gemacht.

Vielleicht — hoffentlich! — wird der Vertrag noch einmal überarbeitet. Unidat jedenfalls bemüht sich um ein integriertes Bild. Korrekt und seriös, betonen sie, wollen sie sein, damit die Kunden bei der Stange bleiben. Und das werden sie wohl: Wer dank Unidat niemals in Verlegenheit kam, ein Institut persönlich aufzusuchen, wird das auch in Zukunft nicht nötig haben: Unidat sorgt ja für alles. Bis zum Vordiplom — da gelten die Unidat ausgestellten

Vollmachten nämlich nicht.

Überhaupt setzt Unidat auf Selbstorganisation, wenn's kritisch wird. Bei kurzfristig angesetzten Klausuren zum Beispiel: notfalls wollen sie zwar einen Brief außer der Reihe versenden, doch, so Unidat: „das ist noch nicht ganz klar“. Schließlich haben sie die Erfahrung gemacht, daß die Leute das dann „so oder so mitbekommen“.

Offensichtlich meint Unidat es ernst: Tatsächlich wollen sie eine zentrale Stelle zur Informationssammlung und -Weitergabe bilden. Ob die 30,- DM angemessen sind, sei dahingestellt. Unidat wird wohl auf seine Kosten kommen. Aber ob es Otto Normalstudent wirklich 30,- DM wert sind, Klausurtermine per Post zugeschickt zu bekommen? Bei 14-tägigen Fristen hat er den Termin längst bei seinen Banknachbarn erfahren. Ganz zu schweigen von dem Risiko bei Klausuranmeldungen: Ob ihn 150,- DM für ein verlorenes Semester entschädigen? Ein guter Informationsfluß in der Studentenschaft ersetzt tausend Unidats. Und wer Angst hat, in der Masse den Zug zu verpassen: lieber in Gruppen studieren und sich selbst informieren — in Fachschaft, Orientierung oder anderswo — als den Unidat-gestärkten Einzelkämpfer zu spielen.

Andreas Zeller

Der Autor möchte kurz vor Schluß noch anmerken, daß er gerade aus einer Vorlesung kommt, in der eine fünftägige Frist zur Klausuranmeldung bekanntgegeben wurde. Ob Unidat schon davon weiß? (A.Z.)

Fahrgemeinschaften – Eine Verkehrsalternative

Aus dem Gutachten "Verkehrsplanung für die TH Darmstadt", das im Jahr 1987 am Fachgebiet Verkehrsplanung + Verkehrstechnik und am Institut für Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung und Raumplanung hier an der TH entstand, können wir folgendes entnehmen:

39 % der Studierenden der TH Darmstadt kommen mit dem Auto oder Motorrad an die Uni, während nur 11,5 % öffentliche Verkehrsmittel benutzen. 11,3 % kommen zu Fuß und 23 % mit dem Fahrrad.

Die Übrigen 15,2 %, und das ist für das Thema dieses Artikels besonders interessant, bewältigen den mehr oder weniger täglichen Weg zur Uni als MITFAHRER/INNEN, d. h. sie sind an Fahrgemeinschaften beteiligt, bei denen mehrere Studierende in einem Auto zur Uni fahren. Dies kann entweder so aussehen, daß man/frau sich beim Fahren reihum abwechselt oder daß immer die gleiche Person fährt, wenn z. B. nicht alle Mitglieder einer Fahrgemeinschaft ein Fahrzeug besitzen.

Obwohl es natürlich am sinnvollsten wäre, wenn möglichst alle Studierenden zu Fuß, mit dem Fahrrad oder mit öffentlichen Verkehrsmitteln von ihrer Wohnung zur THD gelangen, ist dies beim derzeitigen Angebot des Öffentlichen Personennahverkehrs kaum für alle zumutbar.

Die Realität sieht allerdings so aus, daß nicht nur die Studierenden aus dem Odenwald, dem Ried etc. hauptsächlich das Auto als Verkehrsmittel benutzen, sondern daß sogar bei den Studierenden, die nur in den Stadtteilen von Darmstadt außerhalb der Innenstadt wohnen, das eigene Auto der wichtigste Zubringer an die TH ist.

Ziel einer Kampagne von verschiedenen Kreisen an der TH, u. a. des AstA, ist es jetzt,

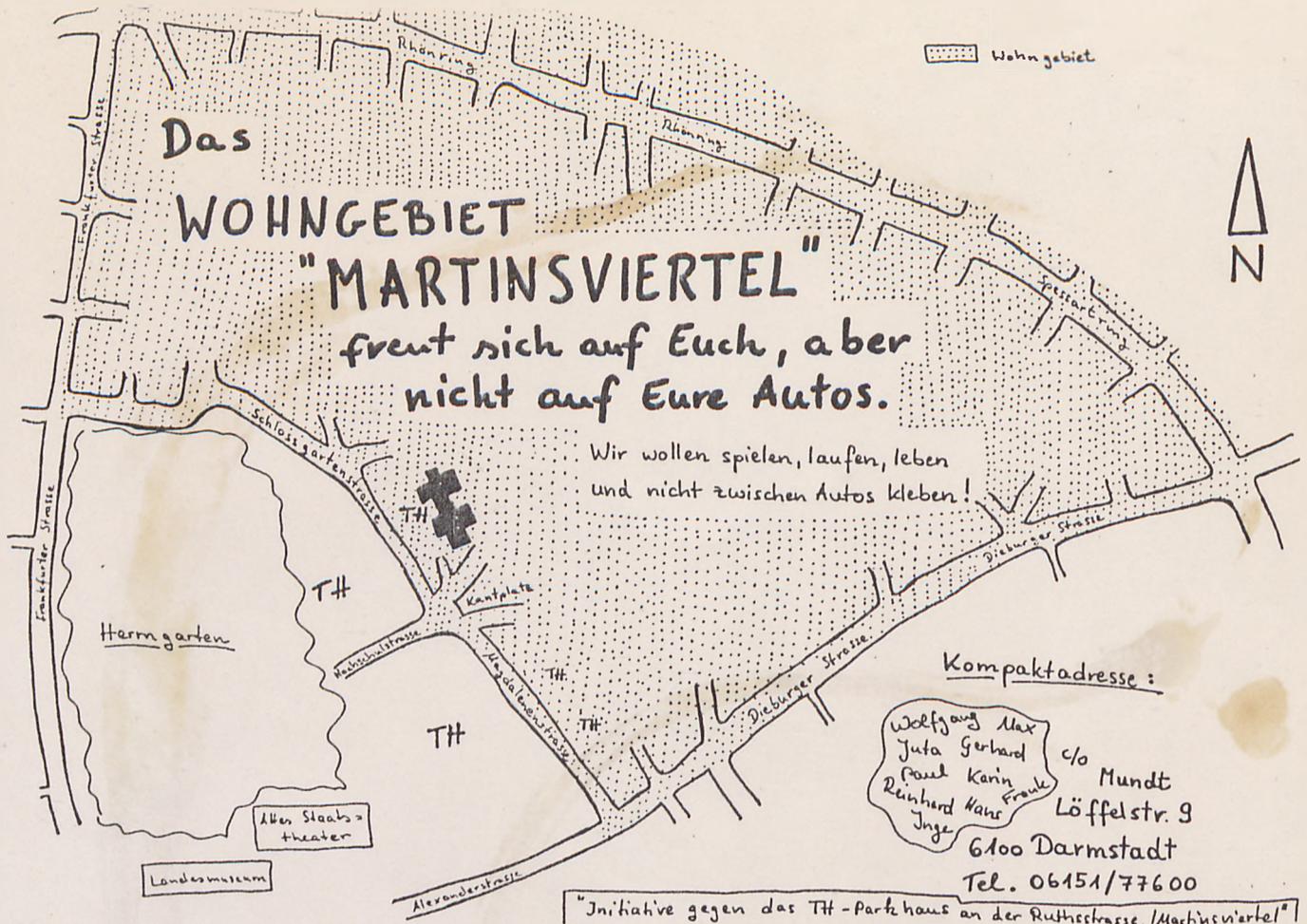
neben dem Umsteigen vom Auto auf das Fahrrad oder auf öffentliche Verkehrsmittel auch die Bildung von Fahrgemeinschaften zu fördern. Pro Fahrgemeinschaft kämen dann durchschnittlich statt drei PKW mit je einem/er Fahrer/in nur noch ein PKW mit drei Insassen zur Hochschule. Dies würde natürlich auch Linderung für die immer mehr überhand nehmenden Parkplatzprobleme besonders im TH-Innenstadtbereich bedeuten.

Fahrgemeinschaften bringen aber nicht nur Vorteile für die Umwelt oder die Verkehrssituation in der Stadt und an der Hochschule, sondern sie bringen auch für die TeilnehmerInnen klare finanzielle Vorteile. Es ist ja logisch, daß es billiger ist, zu dritt oder zu viert in einem Auto zu fahren als allein, auch wenn man/frau sich an den Gesamtkosten der mit dem Auto gefahrenen Kilometer beteiligt und nicht nur an den reinen Benzin-kosten.

Die rechtliche Lage ist auch nicht so schwierig. Die Haftpflichtversicherung des Fahrers/der FahrerIn tritt für alle Personenschäden ein, wenn er/sie einen Unfall verschuldet. Die MitfahrerInnen können auch eine Haftungsbeschränkung unterschreiben, um - außer bei Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit - eine persönliche Haftung des Fahrers/der FahrerIn auszuschließen, wenn z. B. die Versicherungssumme nicht ausreicht.

Nähere Informationen hierzu gibt es z. B. beim AstA der THD.

Die Verkehrsprobleme an der TH Darmstadt, wie ungenügende Anbindung an das öffentliche Nahverkehrsnetz und das Radwegenetz, überfüllte Parkplätze, Verbindung Lichtwiese - Innenstadt etc. sind besonders gravierend, da die Mehrheit der Studierenden (51 %) laut Verkehrsgutachten außerhalb von Darmstadt



und seinen Vororten wohnt. Die TH ist damit eine "Einpendler-Universität", die eigentlich besondere Anstrengungen zur Lösung ihrer Verkehrsprobleme machen müßte.

Leider passiert aber nicht viel. So raffte man sich in der Verwaltung gerade noch auf, oben genanntes Verkehrsgutachten in Auftrag zu geben, aber bei der Umsetzung der darin vorgeschlagenen Lösungsmöglichkeiten für die Probleme, wie Parkraumbewirtschaftung, Förderung von Mitfahrgemeinschaften, Überprüfung von Alternativen zum Parkhausstandort am Mathegebäude, hört es dann schon fast ganz auf. So wird das Parkhaus am Mathe-Gebäude (Ruthsstraße) jetzt für ca. 10 Mio DM gebaut, obwohl es z. B. in dem Gutachten von allen Standorten am schlechtesten abschnitt.

Der ASTA fordert daher von der Hochschulleitung, endlich dem Vorschlag der Arbeitsgruppe Verkehr, in der VertreterInnen der Hochschule, der Stadt, des Regierungspräsidiums etc. sitzen, nachzukommen und eine hauptamtliche Stelle in der Hochschulverwaltung zu schaffen, die sich den Verkehrsproblemen widmet. Hier könnten z. B. auch

Parkraumbewirtschaftung und die Vermittlung von Fahrgemeinschaften zentral koordiniert werden.

Bis dahin ist noch ein weiter Weg, den wir mit Behelfsmaßnahmen überbrücken müssen: In den ASTA-Büros im Mensa-Gebäude auf der Lichtwiese und im Alten Hauptgebäude stehen Karteikästen bereit, über die sich Suchende und AnbieterInnen von Mitfahrgelegenheiten zusammenfinden können.

Der ASTA fordert die Studierenden aller Semester auf, die alleine mit dem Auto zur Uni kommen, ihre Situation zu überprüfen und sich zu überlegen, ob für sie eine Fahrgemeinschaft in Frage kommt. Wenn ja, sollten sie sich der angebotenen Hilfsmittel bedienen oder sich unter ihren KommilitonInnen umhören, damit sich genügend Interessierte für eine Fahrgemeinschaft zusammenfinden.

Pendelbus — Schuß in den Ofen?

Wolfgang Zeller

Lange, lange wurde er gefordert — ob von AStA oder TH-Verwaltung. Noch im Juli wollte niemand etwas davon wissen. Jetzt ist er da: der TH-Pendelbus. Ab sofort sind TH Innenstadt und TH Lichtwiese mit einer direkten Buslinie verbunden, von acht Uhr morgens bis sechs Uhr abends im Zwanzig-Minuten-Takt.

Gründe gab es genug: So hat sich zum Beispiel im unlängst durchgeführten Verkehrsgutachten herausgestellt, daß ein Großteil der Studentenschaft mittags an die Lichtwiese pendelt, um dort zu speisen. Genauso kann mit einem Pendelbus die chronische Parkplatznot in der Innenstadt gemildert werden, indem die Pendler an der TH Lichtwiese problemlos parken und den Pendelbus benutzen, um zur TH Innenstadt zu gelangen. Einfaches Kalkül: Die acht Minuten, die der Pendelbus braucht, gehen für Parkplatzsuche und Fußweg allemal drauf, vom Streß ganz zu schweigen.

Soweit, so gut, aber nun der Pferdefuß: Der Pendelbus ist zwar schnell und bequem, jedoch nicht billig. 1,50 DM kostet die einfache Fahrt — genau so viel wie ein Eintopf in der Innenstadtmensa. Hin und zurück sind's nach Adam Riese drei Märker — da wird selbst das Luxus-Essen um zwanzig

Pfennig in den Schatten gestellt. Wer mit dem eigenen Auto fährt (hin 5 km á 0,42 DM), kommt ab zwei Personen billiger.

Natürlich gibt's auch hier Rabatt-Möglichkeiten. Speziell für Studenten bietet die HEAG seit Beginn des Semesters die UNI-CARD an. Für 100,- DM können StudentInnen während der Vorlesungszeit ein Semester lang die gesamte Innenstadt befahren. Für Saison-Radler zum Beispiel. Oder eben für die Pendelbus-BenutzerInnen. Wer weiß, daß er/sie im kommenden Semester mehr als zweimal wöchentlich Bus fährt, kann damit ein paar Märker sparen.

Die bisherige Resonanz auf den Pendelbus sei „sehr mäßig“, meint die HEAG, und führt dies auch gleich auf den geringen Bekanntheitsgrad zurück. Auf die Preise angesprochen, meint sie, sie sei da leider an die für alle geltenden Tarife gebunden. Eine Fahrt im Stadtgebiet koste nun mal überall 1,50 DM, ob auf Standard-Linien oder im Pendelbus. Die Tarife müßten vom Regierungspräsidium genehmigt werden. Ermäßigungen seien nur dort möglich, wo das Land Zuschüsse geben würde. Und die gäbs bei der Ausbildungsbeförderung nun mal nur bei Dauerkarten. So erscheint es auch nicht

weiter verwunderlich, wenn der Preis der UNI-CARD auf Basis der Schüler-Jahreskarten kalkuliert wird.

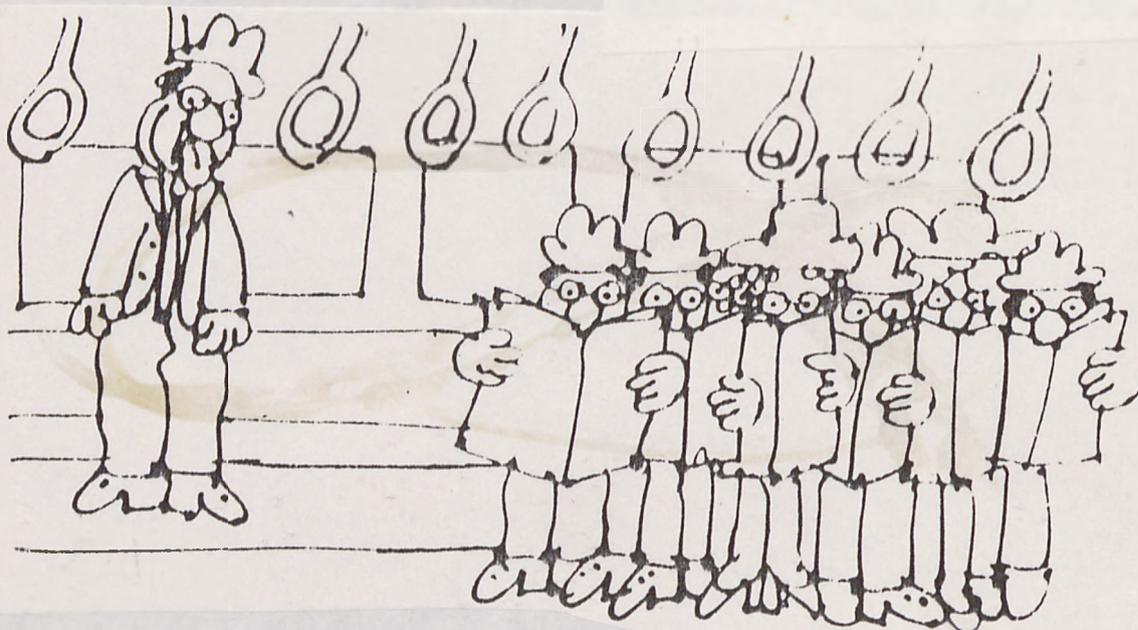
Auf besondere studentischen Bedürfnisse zugeschnittene Streckenkarten — etwa für die Verbindung Bahnhof-TH Innenstadt-TH Lichtwiese — lehnt die HEAG ab: „Da kommt heute die TH und morgen die Merck und dann die Schulen...“. Zu großer Verwaltungsaufwand, meint sie. Eine Verlängerung der Pendelbus-Linie hin zum Luisenplatz, um die TH Innenstadt besser an die bestehenden Linien anzubinden, ist derzeit nicht im Gespräch. Und der Vorschlag, die UNI-CARD doch übertragbar zu machen, scheitert an den dann mangelnden Zuschüssen des Landes. Fazit: Selbst wenn wir wollten — wir dürfen es nicht und sind somit fein raus.

Der Personennahverkehr ist quasi überall in der Bundesrepublik ein Zuschußbetrieb. Das ist auch in Darm-

stadt nicht anders. Deshalb versucht die HEAG, ihre Kosten durch hohe Fahrpreise wieder einzuholen. Daß mit einer Senkung der Fahrpreise auch die Fahrgastzahlen anstiegen, damit rechnet bei der HEAG wohl niemand. Dabei haben Städte wie Freiburg oder Bremen durch das Anbieten von stark verbilligten, übertragbaren Monatskarten ihre Attraktivität bereits merklich gesteigert. Solch Einsicht und Mut sind der HEAG bisher wohl verborgen geblieben.

Der Pendelbus ist bislang in der Testphase — „vorläufig“ steht auf den Fahrplänen. Bei mangelnder Resonanz wird er wohl wieder eingestellt. Die HEAG wird sagen: „Die Leute wollen nicht fahren“. Wir sagen schon heute: „Die Leute wollen nicht bezahlen“. HEAG, ach HEAG: Dein Bus fährt ja in die richtige Richtung, aber warum mußt Du nach wenigen Metern stehenbleiben?

Andreas Zeller



Offener Brief

An den Präsidenten der Technischen Hochschule Darmstadt
An den Minister für Wissenschaft des Landes Hessen

Sehr geehrter Herr Böhme,
sehr geehrter Herr Gerhardt!

Zu Beginn des Wintersemesters 1988/89 sind im Studiengang Elektrotechnik an der TH Darmstadt keine Frauen unter den Studienanfängern zu finden. Sämtliche Bewerberinnen, die sich für dieses zukunftssträchtige Ingenieurstudium entschieden hatten, wurden abgewiesen. Zugelassen wurden nur Bewerber männlichen Geschlechts, die in den letzten zwei Jahren einen Wehr- oder Zivildienst abgeleistet hatten. Ein ähnlicher Fall ist auch an einigen Hochschulen anderer Länder in den Fächern Betriebswirtschaft und Jura eingetreten. Dort ist der - traditionell höhere - Frauenanteil um die Hälfte gesunken.

Verursacht wird diese Situation durch die hessische Verordnung über die Vergabe von Studienplätzen außerhalb der ZVS, die auf einen KMK-Beschluß zurückgeht.¹⁾ Sie sieht vor, Bewerber und Bewerberinnen, die eine Dienstpflicht, eine Tätigkeit in der Entwicklungshilfe oder ein freiwilliges soziales Jahr absolviert haben, unter bestimmten Voraussetzungen bevorzugt für einen Studienplatz auszuwählen.

Diese "bevorzugte Auswahl" gilt dann, wenn zu Beginn oder während des Dienstes der Bewerber/innen nicht an allen Hochschulen Zulassungszahlen festgesetzt waren bzw. der Bewerber oder die Bewerberin während dieser Zeit zugelassen worden wäre.

Der Studiengang Elektrotechnik an der TH Darmstadt war in den letzten zwei Jahren nicht zulassungsbeschränkt. Aufgrund der hohen Zahl von Bewerbungen für einen Studienplatz an der renommierten Hochschule wurden für das jetzige Wintersemester erneut Zulassungszahlen verordnet.

Daraufhin standen 405 Studienplätzen in Elektrotechnik 1019 Bewerber und Bewerberinnen gegenüber. 543 dieser Bewerbungen entfielen auf die "bevorzugte Auswahl". Unter dieser entschied das Los, alle übrigen männlichen und weiblichen Anwärter wurden abgewiesen - auch Abiturienten/innen mit sehr guten Notendurchschnitten.

Daß Männern aufgrund ihrer Verpflichtung zu Wehr- oder Zivildienst kein Nachteil entstehen darf, ist selbstverständlich.

Es erscheint jedoch aus mehreren Gründen fragwürdig, ob nicht diese Regelung der Bevorzugung andere, und darunter insbesondere Frauen, unverhältnismäßig benachteiligt. Da nicht damit zu rechnen ist, daß in nächster Zukunft ausreichend Studienplätze zur Verfügung stehen, könnte sich dieser bis jetzt einmalige Vorgang durchaus wiederholen.

Wir halten es daher für erforderlich, auf die unerwünschten Effekte dieser Regelung aufmerksam zu machen, die von den Verfassern des Gesetzes offensichtlich nicht vorausgesehen wurden.

Frauen haben in der BRD noch immer mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen, wenn sie ihren im Grundgesetz verankerten Anspruch auf Gleichberechtigung auch tatsächlich durchsetzen wollen. Dies zeigt sich vor allem, wenn sie studieren und eine qualifizierte berufliche Tätigkeit anstreben möchten. Trotz eines Studentinnenanteils von 40% finden sich auf höheren beruflichen Qualifikationstufen nur sehr wenige Frauen..

Dies gilt in besonderem Maße für technische Studiengänge, in denen Frauen eine kleine Minderheit bilden. Sollen nun zusätzlich zu diesen erschwerten Bedingungen auch noch Hürden gleich zu Beginn der Ausbildung eingebaut werden? Von vielen Seiten wird viel Energie für Bemühungen aufgewendet, junge Frauen für technische Studiengänge zu motivieren. Mit einer derartigen Regelung werden alle diese Anstrengungen sinnlos. Ganz allgemein können Frauen auf diese Art vollständig vom Studium abgehalten und auf ihre traditionelle Rolle verwiesen werden.

Letzteres kann langfristig noch ganz andere Konsequenzen haben: Die langsam in vielen Bereichen Fuß fassenden Quoten zugunsten von Frauen, welche sich beispielsweise nach dem Anteil der Studienabgängerinnen richten, werden so auf einem niedrigen Stand "eingefroren".

Frauen werden in der BRD nicht zum Pflichtdienst herangezogen. Das freiwillige soziale Jahr ist mit dem Wehr- oder Zivildienst nicht zu vergleichen: es ist Frauen nur dann möglich, dieses zu absolvieren, wenn sie anderweitig finanziell versorgt sind. Sie erhalten nicht die geringsten Aufwandsentschädigungen, von Unterkunft und Entlohnung ganz zu schweigen. Von gleichen Chancen bei der "bevorzugten Auswahl" kann daher nicht die Rede sein.

Andererseits schlägt die Pflichtdienstzeit mehr als einmal zugunsten der Männer zu Buche. Nicht nur bei Beginn des Studiums als Bonus auf die Durchschnittsnote, auch nach Ende des Studiums ist die Tendenz zu beobachten, bei Bewerbungen für die Dienstzeit einen Bonus zu gewähren. Womit Frauen – auch bei Vorliegen einer Quotenregelung – wieder zu kurz kommen. Wo bleibt der Bonus für die Frauen, die "pflichtgemäß" Kinder gebären? Dies wird in keiner Weise honoriert, sondern schlägt im Gegenteil in Benachteiligung um: einer Mutter wird eine befriedigende berufliche Tätigkeit versagt.

Unserer Ansicht nach birgt die Regelung der "bevorzugten Auswahl" die Gefahr, langfristig den Anteil der Frauen an den Studierenden zu vermindern und sie verstärkt auf ihre traditionelle Rolle zu verweisen.

Diese Entwicklung kann nicht in unserem Interesse liegen.

Wir fordern Sie daher auf, sich nachdrücklich für eine Änderung der Vergabeordnung einzusetzen und in diesem Sinne auf die entsprechenden Organe einzuwirken.

Deutscher Ingenieurinnen Bund e.V.
Ortsgruppe Darmstadt

1) Verordnung über die Vergabe von Studienplätzen in zulassungsbeschränkten Studiengängen außerhalb zentraler Verfahren an den Hochschulen des Landes Hessen, in: Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Hessen, Teil I, Nr.13 vom 13.7.1987

Das autonome Frauenreferat im AStA schließt sich der Stellungnahme des Deutschen Ingenieurinnenbundes an. Wir fordern Herrn Böhme, den Präsidenten der Technischen Hochschule Darmstadt, auf, zu diesem Sachverhalt öffentlich Stellung zu nehmen.

Autonomes Frauenreferat



MIT WIRKUNG ZUM WINTERSEMESTER 88/89 WERDEN ALLE STUDENTISCHEN

ARBEITSRÄUME GESPERRT ...

... so hieß die Nachricht, die die FachbereichsrätInnen der Fachbereiche 13 + 14 (**Bauingenieurwesen**) in einer außerordentlichen gemeinsamen Fachbereichsrats-Sitzung in den Sommersemesterferien erreichte - außerordentliche Fachbereichsrats-Sitzung nicht etwa wegen der Raumstreichungen, sondern weil unser Dekanat aus dem Alten Hauptgebäude ausgelagert werden soll.

Das Wegfallen der studentischen Arbeitsräume, es handelt sich hierbei um die Räume 11/9, 11/12, 11/21 und 11/304, bedeutet dem/der DurchschnittsstudentIn nichts, weil diese/r sowieso bei ihren/seinen Eltern wohnt, ein helles, großes und ruhiges Arbeitszimmer besitzt, natürlich mit Zeichentisch! Aber für diejenigen unter uns, die ein kleines Zimmer in einem unserer ach so zahlreichen StudentInnen-Wohnheime zu ihrer Verfügung haben, wo dauernd jemand reinrennt, nach Kaffee oder Bleistiften fragt oder sonst irgendwie stört, oder gar diejenigen, die 30, 50 oder sogar 60 und mehr Kilometer am Tag pendeln bedeutet (bzw. bedeuteten) diese Arbeitsäle sehr sehr viel.

Deshalb fordern die Bauingenieur-StudentInnen sofortige Bereitstellung oder Schaffung neuer Arbeitsräume!!!

Diese Forderung gilt natürlich auch für KommilitonInnen aller anderen Fachbereiche der THD!

Es muß Aufgabe einer Technischen Hochschule sein, Ihren StudentInnen Arbeitsplätze in genügender Zahl zur Verfügung zu stellen.

Für BauingenieurInnen : Vor unserem Fachschaftsraum liegen Anträge, die ausgefüllt, in den roten Briefkasten geworfen werden können.

Nur wenn wir unseren Bedarf deutlich machen, besteht die Möglichkeit, an unserer Situation etwas zu ändern!!!

*Tamara,
Fachschaftsleiterin im FB 14*

Von Wohnungsnot und beschnittener Studiensituation...

sind die **Studenten und Studentinnen der FH Darmstadt** genauso betroffen wie wir.
Um ihren Forderungen nach

- sofortiger Anmietung von weiteren Räumen durch die FH
- mehr ProfessorInnen- und MitarbeiterInnen-Stellen
- sofortiger Schaffung von Wohnraum

Nachdruck zu geben, beschloß die FH-Vollversammlung einen Streik, der vom 31.10. bis 2.11. mit Unterstützung der MitarbeiterInnen und ProfessorInnen durchgeführt wurde.

Inzwischen haben sich alle hessischen Fachhochschulen den von Fulda ausgehenden Protestaktionen angeschlossen. Am **Dienstag, den 8.11.** werden VertreterInnen der FH-ASten in einem Gespräch mit dem Hessischen Minister für Wissenschaft und Kunst (HMWK), W. Gerhard, ihre Forderungen gegenüber den halbherzigen und immer noch kurzsichtigen Zugeständnissen des Ministeriums vertreten. Um dies nachdrücklich zu unterstützen, wird am gleichen Tag in Wiesbaden eine **Demonstration** zum HMWK stattfinden, zu der alle hessischen FH-ASten aufgerufen haben. Wie bei den bisherigen Aktionen wird auch hier mit starker Beteiligung gerechnet.

Da auch wir TH-lerInnen sowie alle Neubeginnenden der kommenden Semester durch **Vertröstungen** weder einfacher Wohnungen finden noch akzeptable Studienbedingungen bekommen werden, fordern wir die Studierenden der THD auf, die KommilitonInnen der FHs zu unterstützen!

Es kann nicht angehen, daß Fachhochschulen und Universitäten sich gegeneinander ausspielen lassen.

Nur durch massiven öffentlichen Druck und gemeinsames Vorgehen können Veränderungen erreicht werden.

Es ist notwendig, daß auch die StudentInnenschaft der THD die anstehenden Probleme aufgreift, sich mit ihnen intensiv auseinandersetzt und konsequent aktiv wird!

Die **VOLLVERSAMMLUNG** am 9.11. sollte ein erstes Forum hierfür sein.

Dort wird auch ein Vertreter der FHD anwesend sein.

Es ist wichtig, daß jede und jeder einzelne erscheint !!!

Wer sich an der Demo in Wiesbaden beteiligen will, kann mit einem Sonderzug dorthin kommen. Er fährt am 8.11. um 12.30 Uhr ab Darmstadt HBF. Die Fahrkarten kosten 8 DM und sind beim AStA der FH zu kriegen (Schöffnerstr., im Atrium-Gebäude).